

„christlichen“ Politik folgen sicherlich viele, aber für sie ist z. B. politische Zusammenarbeit mit der DFU keine brauchbare Alternative. Ebenso schwierig zu verstehen und auch nicht durch Provokation klarzumachen dürfte die Ansicht von Sven G. Papcke sein, der in dem Buch „Weltfrieden und Revolution“ (hrsg. von H.-E. Bahr, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1968) die Meinung vertritt, „thematisch gehöre Mao Tse-tungs Regieanweisung für den Krieg ... zu den klassischen Texten der Friedensliteratur, weil hier der Krieg eine neue soziale Rolle erhält“ (S. 47). Er zitiert dann die Sätze: „Aber es gibt nur ein Mittel zur Aufhebung des Krieges; es besteht darin, mit Krieg gegen den Krieg zu kämpfen: mit dem revolutionären Krieg gegen den konterrevolutionären Krieg ... Alle konterrevolutionären Kriege sind ungerechte Kriege, alle revolutionären gerechte.“ Eine eigenartige, wenn vermutlich auch mißverständene Neuauflage der Theorie vom gerechten Krieg.

Die Gemeinden können wohl viele Anstöße aus dieser Richtung gebrauchen, und diese Gruppen, die doch so sehr Demokratie fordern, sollten sich dem „Konkurrenzkampf“ in den Gemeinden stellen. „Die kirchliche Obrigkeit jedenfalls sollte die Entwicklung abwarten können und der Findung und Gewährung neuer Formen genügend Zeit lassen, ohne voreilig und ängstlich in die Entwicklung

eingzugreifen“ („Kurzinformation“). Hier sollten die Studenten- oder Hochschulgemeinden wirklich Modellcharakter haben, denn wahrscheinlich wird diese neue Bewegung in Kürze auch auf andere Gemeinden übergreifen. Ankündigungen geplanter Gottesdienst-Provokationen und Erfahrungen in evangelischen Gemeinden (vgl. „Evangelische Kommentare“, März 1968, S. 121 ff.) sowie das Programm der „Aktion Neues Forum“ weisen darauf hin: „Der Katholikentag bietet Gelegenheit, daß sich die kritischen Kräfte (evangelisch, katholisch und jüdisch) treffen und sich auf einem außerhalb der Organisation errichteten Forum formieren.“

Den Studentenpfarrern wird in Zukunft noch größere Bedeutung zukommen als bisher — wenn man auch teilweise versucht, sie nur noch für die Sakramentenspendung einzusetzen —, und deshalb werden an ihre Ausbildung und Fähigkeit erhöhte Anforderungen gestellt werden müssen. Die zusätzliche Einstellung von hauptamtlichen Laienassistenten mit Spezialkenntnissen, die von den Studentenpfarrern gefordert wird, wird immer dringender. Dennoch wird gerade angesichts des starken Besuchs der psychotherapeutischen Beratungsstellen und des Zulaufs zu „Transzendentalen Meditationszentren“ an den Universitäten die Dringlichkeit der eigentlichen Seelsorge, die Kleinarbeit des Pfarrers, nicht geringer.

## Überlegungen und Ergebnisse der Konferenz von Beirut

*Die von dem von der katholischen Kirche und dem Weltkirchenrat gegründeten „Studiensekretariat Gesellschaft, Entwicklung und Frieden“ veranstaltete Konferenz für Entwicklungsfragen in Beirut, deren Entschlüsse wir auf S. 267 im Wortlaut veröffentlichen, wurde zwar von der internationalen Fachwelt als politisches und ökumenisches Ereignis gewürdigt, hat aber in der deutschen Öffentlichkeit nur ein schwaches Echo gefunden. Da gerade nach dem Scheitern von UNCTAD II in Neu-Delhi die Beirut Konferenz ein besonderes Gewicht erhält, haben wir einen der zwei deutschen Teilnehmer der Konferenz, den Direktor des Instituts für Entwicklungspolitik an der Universität Freiburg, Prof. THEODOR DAMS, um eine Darstellung gebeten. Der Verfasser hält nicht nur das Diskussionsergebnis fest, sondern stellt auch den Problemhintergrund im Weltmaß dar.*

Internationale Konferenzen sind im Zeitalter weltweiter Zusammenarbeit keine Besonderheit mehr — aber vielleicht verdient die Zusammenkunft, die Ende April 1968 in Beirut (Libanon) stattgefunden hat, eine besondere Beachtung: Es war die erste internationale Konferenz, zu der gemeinsam der Weltrat der Kirchen in Genf und die römisch-katholische Kirche eingeladen hatten. Verhandlungsgegenstand der einwöchigen Beratungen bildete die weltweite Zusammenarbeit in den Fragen der Entwicklung der „Dritten Welt“; jener Länder, in denen vier Fünftel der Menschen leben, die aber nur ein Fünftel des Welteinkommens erhalten, das sie „in den verschiedenen Schattierungen der Armut“ unter sich aufteilen. Konferenzteilnehmer waren Vertreter der christlichen Kirchen aus aller Welt, sowohl aus den Industrie- als auch aus den Entwicklungsländern; weiterhin hatten die internationalen Organisationen, die sich mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der „neuen“ Länder befassen (UNO,

Weltbank, FAO, UNESCO, DAC, OECD), ihre hohen Repräsentanten entsandt; schließlich waren einige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler als Experten geladen: alles in allem eine Konferenzrunde von gut 60 Persönlichkeiten!

Welche Gründe waren maßgebend, eine Konferenz über Fragen der weltweiten Entwicklung auf dieser — erstmals in der Geschichte so umfassenden — ökumenischen Grundlage einzuberufen?

Sicherlich waren Überlegungen maßgebend, den Prozeß der Meinungs- und Willensbildung über den „Zaun des eigenen kirchlichen Raumes“ durch gemeinsame Beratungen auszudehnen und ihre Ergebnisse wiederum bei der eigenen Arbeit einzusetzen. Der Weltrat der Kirchen hatte bereits 1966 die Entwicklungsfragen auf der Konferenz „Kirche und Gesellschaft“ behandelt; diese Probleme werden auf seiner Generalversammlung im Juli 1968 in Uppsala wiederum zur Diskussion gestellt. In der katholischen Kirche hatte das Zweite Vatikanische Konzil auf die Entwicklungsprobleme verwiesen; die Enzyklika *Populorum progressio* war ein Aufruf zur gemeinsamen Verantwortung. Auch hier ist die Suche nach einer Aktion spürbar. Warum aber soll sich die Christenheit gemeinsam mit dieser Situation ungleich verteilter Reichtümer dieser Welt befassen? Die Konferenz hat versucht, darauf eine Antwort zu geben: 1. Die Mehrheit der Christen lebt im entwickelten Norden unseres Planeten, auf den sich der Reichtum dieser Welt konzentriert; sie tragen daher für die Entwicklung dieser Welt mehr an Verantwortung, die sich aus der wirtschaftlich dominierenden Rolle ihrer Kontinente ergibt. 2. In einer Welt, in der es „normal“ ist, jährlich 600 Milliarden DM für Rüstung auszugeben, aber in der es außerordentlich schwierig zu sein scheint, mehr als 40 Milliarden DM für die sozialökonomische Entwicklung wirtschaftschwacher

Länder aufzubringen, können sie keine politische Abstinenz üben. 3. Für die Christen der hochentwickelten Welt ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Menschen und die dazu notwendige Hilfe zur Selbsthilfe, die diesen unterprivilegierten Gesellschaften zu geben ist, eine Verpflichtung.

Die stärkste Triebkraft, Tatbestände und Aktionen auf einer gemeinsamen Konferenz zu erörtern, dürfte jedoch in dem für viele enttäuschenden Ausgang der „Zweiten Weltkonferenz für Handel und Entwicklung“ (UNCTAD II) in Neu-Delhi (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 238 ff.) im Frühjahr 1968 zu sehen sein. Die Konferenz in Beirut fand damit zu einem Zeitpunkt statt, in der die „Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen im reichen ‚Norden‘ erlahmt, während die Notwendigkeit eines stetigen Wachstums im ‚Süden‘ dringender wird“. Sie wollte eine Bilanz ziehen hinsichtlich der Ergebnisse des ersten Entwicklungsjahrzehnts der sechziger Jahre, das in die Fachsprache der internationalen Gremien bereits mit der Kurzform DD I (Development Decade I) eingegangen ist. Und sie fühlte sich an der Schwelle zum DD II (1970—80) verpflichtet, nach den Grundprinzipien einer geordneten Welt zu suchen und nach dem Beitrag der christlichen Kirchen zu dieser Neuordnung zu fragen.

### Bilanz der sechziger Jahre

Mit großer Nüchternheit haben die Konferenzteilnehmer — auf der Grundlage von Berichten meist hoher Qualität — zuerst einmal versucht, sich über die ökonomische Lage und bisherige Entwicklung der „Dritten Welt“ zu informieren. Manche werden darin nur eine weitere Etappe der „bürokratisierten Nächstenliebe“ sehen, die sich im Reigen der nationalen und internationalen Organisationen beim „Tanz um das goldene Kalb“ der Wachstumsraten, Konsumnormen, Investitionen einfindet. Für denjenigen jedoch, der die Entwicklungshilfe der Kirchen — bei den knapp verfügbaren Mitteln — auf rationales, systematisches Handeln aufbauen will, ist ein solches Vorgehen eine Selbstverständlichkeit: Aus der derzeitigen Lage (Analyse) und ihrer weiteren Entwicklung unter gleichen Bedingungen (Prognose) ergibt sich ein Veränderungswille (Konzeption der Entwicklungshilfe); daraus leiten sich Handlungsentwürfe ab, die die Zusammenarbeit der Beteiligten und die zweckmäßige Verwendung der Mittel sichern. — Vor dem Hintergrund dieser Feststellung sind ökonomische Analysen zu sehen, die sich selbstverständlich nicht vom sozialen und kulturellen Wandlungsprozeß der Gesellschaft trennen lassen.

Welches Bild ergibt sich aus dieser Analyse? Im Jahre 1966 betrug im Durchschnitt von 58 Entwicklungsländern das Pro-Kopf-Einkommen 680 DM pro Jahr (USA ca. 13 520 DM, Bundesrepublik 6640 DM pro Jahr). Hinter dieser Durchschnittsgröße von knapp 700 DM pro Jahr verbergen sich jedoch große Unterschiede: In Indien liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen nur bei 400 DM, in Afrika um 450 DM pro Jahr. Von 1960—66 stieg das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt der Entwicklungsländer um 100 DM, das sind gut 16 DM pro Jahr! Im gleichen Zeitraum nahm das Pro-Kopf-Einkommen in den USA um 2520 DM (420 DM pro Jahr) und in Westdeutschland um ca. 1200 DM (200 DM pro Jahr) zu. Hier zeigt sich jener Sachverhalt, der mit dem „Teufelskreis der Armut“ auf internationaler Ebene bezeichnet wird: Im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums können die hochentwickelten Länder einen absolut größeren An-

teil des steigenden Wohlstandes der Welt für sich verbuchen, wobei die internationale Arbeitsteilung ihre wirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Dabei vergrößert sich im „Selbstlauf der Wirtschaft“ der Einkommensabstand zwischen „reich“ und „arm“. Und es ist einsichtig, daß bei den bestehenden Strukturunterschieden die Entwicklungsländer, auf sich allein gestellt, ohne eine konstruktive Hilfe von außen, den notwendigen sozialökonomischen Strukturwandel kaum in absehbarer Zeit werden vollziehen können.

Die Wachstumsrate des Brutto-Sozialprodukts der Entwicklungsländer lag im Durchschnitt der Jahre 1960—66 bei 4,9%; sie näherte sich damit dem Zielwert von 5%, der von den UN für DD I (1960—70) postuliert worden war (4,7% 1950/60). Aber es wäre bedenklich, sich mit diesem Ergebnis zufriedenzugeben; denn: a) Nach Auffassung internationaler Experten und den Ergebnissen ihrer Untersuchungen sind mindestens wirtschaftliche Wachstumsraten von 6% und darüber erforderlich. b) Hinter dieser Durchschnittszahl von rund 5% Wachstumsrate verbirgt sich eine außerordentliche Streuung innerhalb der Entwicklungsländer, wobei Südasien (Indien unter 3%) und Ostasien (Indonesien 2,7%) sowie Afrika besonders niedrige Werte aufweisen. c) Eine starke Bevölkerungszunahme (2,5% pro Jahr im Durchschnitt der Entwicklungsländer 1960—66), die eine steigende Tendenz aufweist (1950—60: 2,2%; in europäischen Ländern 0,6—1,2%), hat dazu geführt, daß die Wachstumsraten je Kopf viel niedriger als die der gesamtwirtschaftlichen Werte liegen; die Pro-Kopf-Einkommen stiegen 1960—66 nur um 2,3%! — Auch beim Bevölkerungswachstum weichen die einzelnen Länder vom Durchschnitt ab: der Vordere Orient + 2,9%, Lateinamerika + 2,7%. In den meisten Ländern — mit Ausnahme von Teilen Afrikas — wird damit das wirtschaftliche Wachstum durch die überaus starke Bevölkerungszunahme negativ beeinflusst. Um eine Größenordnung dieser „Bevölkerungsexplosion“ anzugeben, die bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen ist: von 1960—66 stieg die Bevölkerung in Asien um 200 Millionen Menschen — das entspricht etwa der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion!

### Vom Wachstum zur Entwicklung

Diese wenigen ökonomischen Daten verlangen eine Interpretation, um vom „Wachstum“ zur „Entwicklung“ zu kommen: Das Wachstum des Sozialproduktes kann nur zu einer „Entwicklung“ führen, wenn die einzelnen Sektoren und Regionen des jeweiligen Binnenmarktes eines Entwicklungslandes am Aufschwung partizipieren und wenn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in ihrer Versorgung daran teilhaben; das setzt jedoch voraus, daß in den Entwicklungsländern die ungleiche Einkommensverteilung als Ergebnis historisch geprägter Sozialstrukturen und Machtverhältnisse geändert wird.

Besonders sichtbar wird bei dieser Analyse „ökonomischer Expansion“, welcher enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Bevölkerungswachstum besteht; eine Verringerung der z. Z. zu starken Bevölkerungszunahme erscheint daher als eine der wesentlichen Vorbedingungen einer erfolgversprechenden Wirtschaftsentwicklung dieser Länder. Der Ökonom hat auch für diesen Bereich, obwohl er für viele außerhalb der wirtschaftlichen Überlegungen zu liegen hat, eine „Faustzahl“ bereit, die den Zusammenhang zwischen „Wirtschaftsentwicklung“ und „Bevölkerungswachstum“ zeigt: Die Sen-

kung von je 0,1% Wachstumsrate der Bevölkerung in den Entwicklungsländern entspricht einer Kapitalbildung der eigenen Wirtschaft oder einer Kapitalhilfe von außen von ca. 2,4 Milliarden DM.

Bei der — wenn auch unzureichenden — wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt war der Industriebereich derjenige Sektor, der die höchsten Wachstumsraten zeigte. Sie lagen bei 7% im Zeitraum 1948—64; allerdings sind auch hier große Streuungen zwischen den Entwicklungsländern festzustellen. Insbesondere ist wegen der starken Bevölkerungsentwicklung die Zunahme der Pro-Kopf-Leistung auch bei der Industrieproduktion nur um 3% gestiegen (1955—64). Inwieweit es sich hier immer um eine „echte“ Industrialisierung im Zuge der internationalen Arbeitsteilung handelt oder inwieweit sie aus Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz erklärbar ist, kann hier nicht untersucht werden. Jedenfalls sind die geringe Nachfrage auf den Binnenmärkten und die kleinbetriebliche Struktur oft maßgebend für die geringe Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. — Die Steigerung der Agrarproduktion zeigt in den Entwicklungsländern die geringsten Fortschritte. Es ist — nach Berechnungen der Weltbank — anzunehmen, daß (mit Ausnahme des Vorderen Orients) die Pro-Kopf-Nahrungsmittelerzeugung im Jahre 1966 niedriger als vor dem Zweiten Weltkrieg war; sicherlich haben hier Mißernten der letzten Jahre frühere Erfolge zunichte gemacht — aber insgesamt betrachtet, scheint die Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Ländern auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Wenn hier durch systematische Planung keine Abhilfe geschaffen wird, werden in den nächsten zwei Jahrzehnten gewaltige Hungersnöte die Welt erschüttern.

Sozialökonomische Entwicklung, Wachstum der Wirtschaft und Befriedigung der steigenden Erwartungshorizonte der Gesellschaft setzen voraus, daß Ersparnisse vorliegen und Investitionen getätigt werden. Das ist in Wirtschaften, deren Bevölkerung am Existenzminimum lebt, nicht leicht. Immerhin weist eine Untersuchung von 40 Entwicklungsländern aus, daß in der Zeitspanne 1960—65 gut ein Sechstel des Brutto-Sozialproduktes investiert wurde. Aber diese Anstrengungen reichten nicht aus — sie müssen durch die Kapitalhilfe der Regierungen der Industrieländer ergänzt werden. Im Zeitraum 1950—55 betrug sie ca. 8 Milliarden DM pro Jahr; sie stieg 1956—62 von 12,8 Milliarden DM auf 24 Milliarden DM. Ab 1962 blieb die staatliche Kapitalhilfe der Industrieländer dann bei 24 Milliarden DM stehen. — In dieser Zeit setzten jedoch Zins- und Rückzahlungen der Entwicklungsländer ein, so daß die Netto-Kapitalhilfe geringer wurde. Dieser Schuldendienst muß aber durch Exporte erwirtschaftet werden. Seine Wachstumsraten liegen jedoch sehr oft über denjenigen der Ausfuhren, deren Absatzmengen — soweit es sich um Rohstoffe handelt — begrenzt sind und deren Kaufkraft gegenüber den Investitionsgütern, die von den Industrieländern bezogen werden, laufend abgenommen hat. Eine laufende Verschlechterung der Zahlungsbilanzen war in vielen Ländern die Folge; sie wird mit steigendem Schuldendienst zunehmen. Das zeigt insbesondere das indische Beispiel: Wenn Indien Auslandshilfe im Ausmaß des Jahres 1966 auch weiterhin erhält, muß es Anfang der siebziger Jahre seinen Schuldendienst verdoppeln und um 1980 verdreifachen; dafür wären 30—40% seiner Ausfuhrerlöse einzusetzen, diese werden jedoch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes selber dringend benötigt.

Daten und Fakten über die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer könnten noch erweitert werden — aber das würde nur jeweils den Standort der Betrachtung ändern, ohne zu nennenswerten anderen Ergebnissen zu kommen. Die Basis dieser gezielten Dokumentation dürfte ausreichend sein, um die Aufgaben für die siebziger Jahre zu verstehen. Sie betreffen sowohl die hochentwickelten als auch die wirtschaftsschwachen Länder; sie wurden von der Konferenz wie folgt umrissen:

### Aufgaben für die siebziger Jahre

Die *Industrieländer* sollen als Kapitalhilfe 1% ihres Brutto-Sozialprodukts den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Diese Formel war bereits auf der UNCTAD-II-Konferenz im März 1968 vereinbart worden — die Konferenz ging jedoch in wesentlichen Punkten darüber hinaus. Sie fixierte zuerst einmal den — in Neu-Delhi nicht ausgehandelten — Zeitpunkt, ab wann diese Kapitalbereitstellung praktiziert werden sollte, nämlich bereits ab 1970. Die Konferenz sprach sich für „ausschließlich *produktiv* einsetzbare und nicht rückzahlbare Transfers von Mitteln“ aus; nicht alles, was von den hochentwickelten Ländern als Entwicklungshilfe deklariert wird, entspricht dem Sinn dieses Wortes. Da von der Konferenz in gleichem Atemzuge davon gesprochen wurde, daß ein gleichgroßer Kapitalstrom von privaten Investitionen anzustreben sei, ist die erstgenannte Kapitalhilfe als eine ausschließliche Leistung der öffentlichen Haushaltungen zu bewerten. Die Realisierung dieser Forderungen würde eine außerordentliche Belastung der Budgets der Industrieländer bedeuten. — Weiterhin werden umgehende Verhandlungen über die Neufestlegung der Laufzeiten alter Kredite und über die Konditionen der Gewährung neuer Kapitalhilfen verlangt. Die personelle Hilfe hat mit diesen Steigerungen Schritt zu halten. Besonderer Nachdruck wurde auf die Stabilisierung der Preise für bestimmte Rohstoffe und auf den bevorrechtigten Zugang der Produkte in den Industrieländern gelegt, die bis Mitte der siebziger Jahre erwartet werden. Die Industrieländer werden aufgefordert, daß ihre Politik und Pläne die tatsächlichen Dringlichkeitsstufen der Entwicklungsländer berücksichtigen, nämlich die Reform der Landwirtschaft, Begrenzung der Rüstungsausgaben, die Errichtung arbeitsintensiver Industrien, die Beteiligung der breiten Bevölkerung und nicht die Bevorzugung einer Minderheit. — Die Forderung der größeren Kapitalbereitstellung erscheint als die bemerkenswerteste Forderung. — Auch hier müssen einige Größenordnungen entwickelt werden. 1967 war die Netto-Leistung der DAC (Koordinierungsstelle der entwickelten Länder in Paris) 30 Milliarden DM; das entsprach einem Betrag von 20 DM Kapitalhilfe je Kopf der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Würde 1972 die Kapitalhilfe 1% des Bruttosozialprodukts betragen, so entspräche das einem Volumen von 44 Milliarden DM oder 28.— DM je Kopf (gegenüber 20.— DM). Um die Wirkungsmöglichkeit der gestiegenen Kapitalhilfe nicht zu überschätzen, sollte folgender Sachverhalt herangezogen werden: In Indien und Indonesien, auf die zwei Fünftel der Bevölkerung der weniger entwickelten Welt entfallen, erreichte die Auslandshilfe nur 10.— bzw. 4.— DM pro Kopf der Bevölkerung; diese beiden Länder zeigen die geringsten Wachstumsraten der Wirtschaft, so daß gerade hier Kapitalhilfe dringend notwendig erscheint. Würden diese

Länder aber auf den allgemeinen Durchschnitt im Jahre 1972 (28.— DM pro Kopf) angehoben, um das Wachstumsziel zu erreichen (6%), so würden praktisch schon neun Zehntel des zusätzlichen Finanzvolumens von 14 Milliarden DM bei Anwendung der 1-0/0-Formel von diesen beiden Staaten beansprucht. — Diese Zahlen beweisen, daß trotz steigender Kapitalhilfe der Bewegungsspielraum angesichts des Bedarfs der Entwicklungsländer außerordentlich klein ist.

Bei den Forderungen gegenüber den *Entwicklungsländern* wird insbesondere auf den kulturellen und sozialen Wandlungsprozeß abgehoben, der wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung oft erst ermöglicht. Hier handelt es sich um den Abbau überholter Privilegien und Herrschaftsstrukturen, insbesondere durch Agrarreformen. Der landwirtschaftlichen Förderung ist angesichts des großen Defizits an Nahrungsmitteln ein Vorrang einzuräumen — aber diese Maßnahmen müssen sich in eine Planung der Gesamtwirtschaft einordnen. Das ist nicht leicht; denn die Landwirtschaft ist in den meisten Entwicklungsländern der dominierende Wirtschaftsfaktor, und ihre breitangelegte Förderung mag Produktivkräfte binden, die, in anderen Bereichen eingesetzt, größere Beiträge zum Wachstum leisten würden. Aber die Bevölkerungsexplosion zwingt zu vordringlichen Maßnahmen in der Landwirtschaft — diese wiederum bergen die Gefahr in sich, jene demographische Umstrukturierung durch eine Industrialisierung hinauszuschieben, die mit den Verhaltensweisen der Industriegesellschaft verbunden ist: die gleichbleibende oder nur mäßig ansteigende Bevölkerungszahl.

Die Bevölkerungsentwicklung ist *einer* der Gründe für die unbefriedigende wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer — d. h. sie ist nicht die alleinige Ursache! Einer der Konferenzteilnehmer meinte, es handle sich hier nur um *eines* der 24 Kriterien der Unterentwicklung; ihm sollte man antworten, es wäre sicherlich eher das erste als das vierundzwanzigste.

Bei der Beurteilung des so wichtigen Gesamtproblems sollte seitens der hochentwickelten Länder jedoch nicht übersehen werden, daß in den heutigen Industrieländern erst *nach* ihrer wirtschaftlichen Entfaltung sich eine Senkung der Bevölkerungsraten einstellte. Bei den Entwicklungsländern wird sie heute als eine Vorbedingung erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung postuliert.

Dieser *zentrale* Aspekt einer Änderung der Verhaltensweisen der Bevölkerung stellt Erziehung und Bildung sowie Industrialisierung in den Mittelpunkt planender Überlegungen. Das aber setzt voraus, daß eine systematische Mobilisierung der finanziellen Eigenmittel (Sparen, Besteuerung) eingeleitet wird. — Die Enge der eigenen Märkte sollte die Entwicklungsländer zu einer regionalen Integration ihrer Wirtschaften veranlassen, um durch eine Koordinierung ihrer eigenen und ausländischer Investitionen zu einer wirksamen Industrialisierung zu gelangen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit würde zugleich ihren Handelsexchange mit den hochentwickelten Ländern begünstigen.

### Neuer internationaler Verhandlungsstil

Man mag in diesen Überlegungen, die für Industrie- als auch Entwicklungsländer angestellt wurden, nur eine Wiederholung oder Variation früher schon getroffener Feststellungen sehen. Diese Auffassung trifft jedoch nicht zu, weil sie vor einem ganz bestimmten und neuartigen Hintergrund *weltweiter* Zusammenarbeit getroffen wur-

den, deren Realisierung in bestehenden internationalen Institutionen gesucht werden soll. Die Konferenz hat sich nämlich mit großer Entschiedenheit dafür ausgesprochen, die realen Entwicklungsmöglichkeiten der „neuen“ Länder als einen Maßstab für die Kapitalhilfe der Industrieländer anzuerkennen. Damit tritt die als notwendig anerkannte „Wachstumsrate der Wirtschaft“ der weniger entwickelten und der „feste und in Zukunft steigende Prozentsatz des Brutto-Sozialprodukts“ der hochentwickelten Länder in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Alle übrigen Maßnahmen sind diesen zentralen Überlegungen zugeordnet (Zollverhandlungen, Präferenzen, Warenabkommen etc.). Nun sind „Wachstumsraten der Wirtschaft utopische Gebilde, wenn sie nicht durch konkrete Programme und Projekte innerhalb der Nehmerländer ihre ökonomische Rechtfertigung erfahren“. Das heißt: Die „Wachstumsraten“ sind gewissermaßen „Drehscheibe“ gemeinsamer Beratungen auf Weltebene; nach *außen* stimmen die Geber- und Nehmerländer Leistungs- und Aufnahmefähigkeit der Finanz- und Personalhilfe ab; nach *innen* werden die makroökonomischen Überlegungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch konkrete Pläne verifiziert. Dieses gemeinsame Tun muß letztlich in der Formulierung eines weltweiten Entwicklungsplanes einmünden, der für die einzelnen Partner einen orientierenden Charakter hat. Hier ist die Aufgabe der Vereinten Nationen angesprochen, einen solchen „World Indicative Plan“ zu erarbeiten; die Welternährungsorganisation (FAO) hat bereits eine solche Rahmenplanung für die Entwicklung der Landwirtschaft in den siebziger Jahren vorgelegt. — Die Konferenz hat sich mit Nachdruck dafür ausgesprochen, daß die UN und ihre besonderen Einrichtungen die Formulierung ihrer so ausgerichteten Pläne und Strategien für das Entwicklungsjahrzehnt 1970/80 beschleunigt vorlegen. Die christlichen Gemeinschaften erklären sich bereit, diese *Konkretisierung* allgemeiner Entwicklungsvorstellungen durch ihre konstruktive Mitarbeit zu unterstützen, soweit sie mit dem wachsenden christlichen Consensus über Entwicklung und Zusammenarbeit konform sind. Eine solche Bereitschaft läßt erkennen, daß die christlichen Kirchen — in der Suche nach einer weltweiten Entwicklungsstrategie — es begrüßen würden, wenn ein für *alle* Beteiligten akzeptabler Rahmenplan zu einer Koordinierung der Anstrengungen der verschiedenen Institutionen führen würde. Ein solcher „World Indicative Plan“ wäre zugleich eine Voraussetzung dafür, daß ein „zunehmender Teil der finanziellen Entwicklungshilfe seinen Weg zum Entwicklungsland über internationale Institutionen findet“ und daß „multilaterale Konsortien und Beratergruppen“ stärker bei der dann noch verbleibenden Entwicklungsfinanzierung eingesetzt werden. Die Konferenz von Beirut hat damit — sofern die obengenannten Bedingungen erfüllt sind — der bilateralen Entwicklungshilfe (zwischen einzelnen Nationalstaaten) eine Absage erteilt. Das wird ihr nicht gerade den Beifall der hochentwickelten Länder einbringen; diese Forderung und ihre Verwirklichung wird jedoch letztlich auch die Aktionen der kirchlichen Hilfswerke selbst nicht unwesentlich beeinflussen.

### Zwei neuralgische Punkte der Diskussion

Nach einem geflügelten Sprichwort bedeutet „politische Entscheidung, das heiße Eisen mit den Händen der ande-

ren anzufassen“. „Heiße Probleme“ gab es auch auf der Beirut Konferenz, und zwar die Frage der Familien- bzw. Bevölkerungsplanung und der gewaltsamen Änderung von Sozialstrukturen, die einer Entwicklung im Wege stehen, durch „Revolutionen“. Aber es fehlten in Beirut die „anderen“, die diese „heißen Eisen“ anfaßten; denn die geladenen Experten übten hier „weise“ Zurückhaltung.

Die Vertreter der christlichen Kirchen kamen nach eingehenden Beratungen zu folgender Stellungnahme:

In klarer Einsicht des Zusammenhanges von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung sollten die Christen das Recht und die Pflicht des Staates und seiner Einrichtungen anerkennen, ihre Angehörigen über die Bevölkerungsprobleme und -politik zu unterrichten. Eine solche als notwendig anerkannte Politik sollte ein fester Bestandteil — und nicht eine Alternative — eines allgemeinen Entwicklungsprogramms sein. Christen haben sich in diesem Zusammenhang als Verfechter der Grundrechte und Ansprüche der Familie einzusetzen. Es soll den „Plänen der Modernisierung der Landwirtschaft und einer angemessenen Politik zur Verringerung des Bevölkerungswachstums, die die Rechte und den religiösen Glauben jeder Familie respektiert, dasjenige Maß an Dringlichkeit eingeräumt werden, um möglichen Hungersnöten in den kommenden zwei Jahrzehnten begegnen zu können“. Dabei wurde darauf verwiesen, daß insbesondere die Erziehung und Unterrichtung der Frauen einen erfolgreichen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten könnten. Eine wesentliche Hilfe können die Kirchen und ihre Institutionen geben, indem sie auf eine verantwortungsbewußte Haltung der Eltern hinwirken, die die Gewissensentscheidung und die religiöse Überzeugung bei der Anwendung geburtenregelnder Maßnahmen respektiert. Für die Vertreter auf dieser ökumenischen Konferenz war der gemeinsame Nenner: der Schutz der Familienwerte und der Würde des Menschen in der Gesellschaft.

Die Konferenz in Beirut hat hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialstrukturen zuerst einmal eine grundsätzliche Feststellung getroffen: Es ist die Aufgabe und liegt in der Verantwortung der Entwicklungsländer selbst, ihre eigene politische, soziale und ökonomische Struktur nach ihren Notwendigkeiten und Einsichten zu bestimmen. Dabei kann allerdings nicht übersehen werden, daß unter den derzeitigen politischen Verhältnissen die aktive Teilnahme weiter Bevölkerungskreise gering entwickelt ist. Altüberkommene Interessen und Machtverhältnisse stehen dem Gemeinwohl entgegen und verhindern sozial-ökonomische Fortschritte auf den Gebieten der Agrarreform, der Industrialisierung, der Besteuerung und anderen bedeutsamen Bereichen von Rechtsansprüchen einzelner Gruppen. Auch ausländische Interessen können in manchen Fällen den „Wachstumspfad“ einer Entwicklung blockieren. Aufgabe der Christen in den Entwicklungsländern sollte es sein, die politische Geschlossenheit nationalstaatlicher Entwicklung zu fördern. Dabei ist das Interesse der breiten Bevölkerung an der Entwicklungsarbeit und die Beteiligung an ihren Ergebnissen zu unterstützen. Dabei kann nicht übersehen werden, daß manche Gesellschaftsstrukturen so starr und die Institutionen des Staates so blockierend für eine gesellschaftliche Entfaltung sind, daß es keine evolutionären Lösungen für eine gerechte Gesellschaftsordnung und für eine stetige Wirtschaftsentwicklung gibt. In diesen Fällen mag die revolutionierende Aktion die einzige Lösungsmöglichkeit sein, um Unge-

rechtigkeiten und Stagnation in einer Gesellschaft und Wirtschaft zu überwinden.

### Der Aufruf an die christlichen Kirchen

Es mag für manche überraschend sein, daß die Konferenz von Beirut mit einer solchen Intensität die sozialökonomischen Zusammenhänge sowie die Vorstellungen der Einzelstaaten und der internationalen Organisationen diskutiert hat. Daraus spricht aber nur die Einsicht, daß die weltweite Zusammenarbeit der Kirchen in den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht isoliert von der jeweiligen wirtschaftlichen Gesamtkonzeption eines Staates und nicht abseits der Pläne der Industrie- und Entwicklungsländer erfolgen kann. Der erste Aufruf der Konferenz an die Christen dürfte daher so verstanden werden, den politischen Willensbildungsprozeß in den hochentwickelten Staaten dahingehend zu beeinflussen, daß Entscheidungen der politischen Organe zugunsten der Entwicklungsländer beschleunigt getroffen werden. Diese Aufgabe politischer Aktion zeigt sich insbesondere in der Unterstützung der internationalen Organisationen, weltweite Entwicklungsprogramme auszuarbeiten, und in der Forderung gegenüber den Industriestaaten, die entsprechenden Kapitalmittel bereitzustellen. Die Vertreter der christlichen Kirchen haben in Beirut jedoch auch den eigenen engeren Bereich zu einem Umdenken und zu eigener Aktion aufgefordert. Hier wurde klar und nicht überhörbar aus den Beratungsergebnissen gefolgert:

a) Das „Zweite Entwicklungsjahrzehnt 1970—80“ erfordert eine neue „Dimension“ der Entwicklungsstrategie, die auf die systematische Erarbeitung von Handlungsentwürfen aufbaut und die auf eine rationale Entwicklungspolitik abzielt.

b) Eine solche Aufgabe erfordert zuerst einmal eine neue Inhaltsbestimmung der historisch praktizierten „Nächstenliebe“. Ihre „Weltweite“ in der Gegenwart verlangt andere Formen der Realisierung. Es geht nicht darum, daß derjenige, der hat, dem, der nichts besitzt, abgibt; hier geht es um die echte Partnerschaft zwischen den Völkern, um Hilfen zur Selbsthilfe, bei der gesellschaftliche Entfaltung und wirtschaftliches Wachstum im Vordergrund stehen.

c) Eine so verstandene Entwicklungshilfe kann nicht mehr allein mit dem Gefühl und mit der Verantwortung des einzelnen, die er diesen Problemen entgegenbringt, geführt werden. Hinzu muß der Sachverstand des Experten, die sachgerechte Planungsarbeit von Institutionen und Organisationen treten, um Fehlentwicklungen im Interesse der Beteiligten zu vermeiden. Eine erfolgreiche Entwicklungsarbeit der Kirchen ist ohne adäquate Institutionalisierung, die sich mit ihren Überlegungen in weltweite Planungen einordnet, nicht denkbar.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen sind die folgenden Feststellungen der Beirut-Konferenz verständlich: Strukturen der Kirchen und ihr persönliches Engagement sowie die kirchlichen Hilfswerke in ihrem Auftrag und ihrer Organisation sind neu zu durchdenken. Sie sollten so umgeformt werden, daß sie dem Ruf nach weltweiter Gerechtigkeit in Wort und Tat wirksam nachkommen können. — Und auch hier hat die Konferenz wiederum einen konkreten Hinweis gewählt: Diese Forderungen könnten nicht zuletzt dadurch verwirklicht werden, daß die „verfaßten Kirchen und ihre Körperschaften einen festen Teil ihrer Mittel und ihres Einkommens progressiv und langfristig für Entwicklungsaufgaben ausschütten“.

Die Konferenz in Beirut hat weiterhin die Aufgabe der Kirchen darin gesehen, die öffentliche Meinung stärker zu beeinflussen, daß in den Industriestaaten der weltweite Entwicklungsgedanke in seinem neuen Inhalt verstanden und der Entwicklungsprozeß von den Völkern der „neuen“ Länder aufgenommen wird. Für beide Teile dieser Welt ist wichtig zu wissen, daß „ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte begonnen hat, in dem Naturwissenschaften Raum und Zeit überwunden haben sowie Überfluß und wachsenden Wohlstand lenken können“.

Eine solche Einsicht, die sich an der Entfaltung einer „planetarischen Gemeinschaft, die durch die Gesetze einer Weltinnenpolitik bestimmt wird“, orientiert, ist in erster Linie an das Fundament einer entsprechenden Erziehung und Bildung gebunden. Die Forderung nach Gerechtigkeit und Entwicklung ist auf jeder Ebene der Erziehung und Bildung zu verankern, damit „die Dimensionen der menschlichen Gemeinschaft, der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit als ein integraler Bestandteil des christlichen Glaubens begriffen werden“.

Es wird der konkrete Vorschlag gemacht: Gemeinsam mit internationalen Einrichtungen und Körperschaften sowie mit Fachleuten sollen Grundlagenmaterial und Lehrmittel erarbeitet werden, die geeignet sind, von den Grundschulen bis zur Universität und Erwachsenenbildung in den einzelnen Bildungsinstitutionen verwendet zu werden. Diese Erziehungsarbeit gilt gleichermaßen für hoch- und weniger entwickelte Länder.

## Wie frei ist die Kirche auf Kuba?

Als politisch-gesellschaftliches Phänomen, das auf die künftige Entwicklung der übrigen Länder Mittel- und Südamerikas ausstrahlt, als möglicher Krisenherd internationaler Konflikte und als Umschlagplatz innerkommunistischer Auseinandersetzungen findet Kuba nach wie vor die Aufmerksamkeit der westlichen und östlichen Presse. Über den Werdegang der kubanischen Revolution, ihre innenpolitischen Umwälzungen, Erfolge und Krisen und über ihre außenpolitischen Auswirkungen gibt es inzwischen sogar eine ausgedehnte Literatur. Diese bedarf zwar, da die Ereignisse immer noch nachwirkende Gegenwart und nicht schon Geschichte sind, der Überprüfung im Detail. Sie vermittelt aber immerhin plausible Begründungen für die Voraussetzungen der relativen Beständigkeit des Regimes, denen auch die Kirche Rechnung tragen muß. Doch ist es um das Schicksal der Christen selbst auf der von Castro beherrschten Insel während der letzten Jahre sehr still geworden. Dieser Ausfall an Information erklärt sich nicht nur aus den Beschränkungen, denen Berichtersteller in Kuba unterworfen sind, und aus der inneren Zwangssituation der Kirche, in der Klugheit gebieten kann, jedes Übermaß an Publizität zu meiden, sondern auch aus dem Nachlassen des öffentlichen Interesses an der kirchlichen Situation Kubas. Schließlich ist ja nach anfänglichem Konsens die Zeit dramatischer Auseinandersetzungen einer Periode fortbestehenden Mißtrauens von beiden Seiten gewichen.

### Widersprüchliche Berichte

Die wenigen Informationen, die außerhalb der diplomatischen Kanäle über die Lage der Kirche auf Kuba im Umlauf sind, bleiben äußerst lückenhaft und erweisen

### Fragen des weiteren Vorgehens

Beirut war der erste Schritt einer Zusammenarbeit weltweiter Entwicklungshilfe der christlichen Kirchen auf breiter ökumenischer Grundlage. Weitere Schritte sind bereits vorgesehen. Bemerkenswert war die Erklärung, daß die gemeinsam gegründete Institution „Exploratory Committee on Society, Development and Peace“ in Genf allen Religionen der Welt für eine Kooperation offenstehe; vielleicht war die Anwesenheit eines Beobachters des Islams bereits ein hoffnungsvoller Auftakt für eine solche Entwicklung. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, daß sich in den einzelnen Nationalstaaten interkonfessionelle Arbeitsgemeinschaften für Fragen der weltweiten Zusammenarbeit, und zwar sowohl in hoch- als auch weniger entwickelten Ländern, bilden sollten; auch auf der Ebene regionaler Integrationen ist eine solche institutionelle Zusammenarbeit erwünscht. Mit anderen Worten: der neugeschaffene gemeinsame Arbeitskreis der christlichen Kirchen sucht einen institutionell abgesicherten Unterbau, der die von der Konferenz mit Nachdruck betonte Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der politischen Entscheidungen auf allen Ebenen mit zu sichern hat. Eine solche Konzeption entspricht der Einsicht, daß den Entscheidungen „von oben“ nur ein Erfolg beschieden sein kann, wenn eine Bewegung „von unten“ sie stützt und für jene Verstärkerwirkung in der Meinungsbildung der Bevölkerung sorgt.

sich zudem als ungesichert. Sie kommen in der Mehrzahl aus den Reihen der Exilkubaner und werden je nach politischem Standort und Opportunität von oppositionellen Motiven überlagert, die nur noch beschränkt mit religiöser Freiheit zu tun haben, und sind oft Ausdruck eines politischen Wunschenkens, in dem sich tatsächliche oder vermeintliche antikirchliche Maßnahmen mit der Verfechtung vorrevolutionärer Zustände zu einem von außen kaum entwirrbaren Propagandaknäuel vermengen. Mehrfach wurden solche Zweckinformationen von kirchlicher Seite, besonders von der Päpstlichen Nuntiatur in Havanna, die sich mehr und mehr zur eigentlichen kirchlichen Schaltstelle im Lande entwickelt hat, dementiert. Aber auch die gelegentlichen Berichte westlicher Korrespondenten bringen kaum Licht in den kubanischen Dschungel. Während die einen vom Zustand „ungebeschränkter Glaubensfreiheit“ überzeugt sind (Claude Julien, „Le Monde hebdomadaire“, 29. 4. — 5. 5. 65), sprechen andere von der „geknebelten Kirche“ (Bernd Nellesen, „Die Welt“, 14. 2. 67). Solche einander nur scheinbar widersprechenden Urteile werden nicht nur davon bestimmt, ob man die Verhältnisse unter Castro als positive Alternative gegenüber der Battista-Diktatur versteht oder nicht, ob man als militanter Castro-Gegner auch die tatsächlichen Errungenschaften des Regimes pauschal verurteilt, sondern nicht zuletzt auch davon, welchen Spielraum man der Kirche im öffentlichen Leben überhaupt zuerkennt und welches Maß an Freiheit man für sie fordert, damit sie in einer totalitären Gesellschaftsordnung, die Castro natürlich auf seine eigene Weise verkörpert, ihre Funktion wenigstens rudimentär erfüllen kann.

Die Beurteilung der Situation der Kirche läuft in unserem